



AMBASSADE DE SUISSE

B.12.- I/do

Politischer BriefUnruhen in Lima

an							a/a
Datum							29.5
Visa							W
EPD 29. Mai 1964							
Ref. p.A. 21.31. Lima.							

Lima, den 25. Mai 1964.

Herrn Botschafter Pierre Micheli,
 Generalsekretär des
 Eidg. Politischen Departementes,
B e r n .

Herr Generalsekretär,

Anlässlich des gestrigen Fussball-Länderspiels Peru-Argentinien ist es im hiesigen Nationalstadium zu schweren Zwischenfällen gekommen. Nach einer richtigen Schlacht zwischen Zuschauern und der Polizei sind bis jetzt 268 Todesopfer zu beklagen (worunter aber keine Schweizer). Es wurden ferner verschiedene Geschäfte zertrümmert und niedergebrannt, sowie eine Anzahl Autos und ein Omnibus in Brand gesteckt. Um weitere Zusammenstösse zu vermeiden, hat der Präsident der Republik für 30 Tage den Ausnahmezustand erklärt, sowie eine 7-tägige Nationaltrauer verhängt.

Man kann sich fragen, ob diese Massnahmen genügen werden, um die schon seit Monaten bestehenden sozialen Spannungen und Unruhen zu meistern. Bereits seit längerer Zeit streiken periodisch die Bankangestellten, die eine 33-Stunden-Woche fordern. Ihnen haben sich die Metallarbeiter angeschlossen, die Bauarbeiter werden folgen, und zur Unterstützung dieser Arbeitsniederlegungen hat eine Branche des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes ein Ultimatum von 72 Stunden angesetzt, um den Generalstreik auszurufen. Die Regierung, die anfänglich recht wenig unternommen hat, um der Situation Herr zu werden, ist plötzlich

4 copies



energisch geworden, mit dem Resultat, dass die Gewerkschaften nun die Abberufung des Innen- sowie auch des Arbeitsministers verlangen.

Wie mir der Aussen- und Premierminister kürzlich erklärte, ist die Regierung gewillt, durchzuhalten. Die Gefahr liegt aber beim Parlament, wo die APRA- und UNO-Parteien die Mehrheit besitzen. Diese beiden Oppositionsparteien können daher jederzeit einen Minister, der ihnen nicht genehm ist, stürzen. Obschon die APRA und die UNO im Parlament den Anschein geben, als ob sie bis zum Aeussersten gewillt seien, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, haben sie die politischen Auseinandersetzungen in die Gewerkschaften getragen, was zur Folge hat, dass im ganzen Lande eine starke soziale Unrast festzustellen ist. Aus diesem Grunde verstärkt sich auch das Gerücht, dass Präsident Belaúnde das Parlament auflösen werde, obschon er selber verschiedentlich und sehr deutlich erklärte, er werde sich immer an die Verfassung halten. Würde er gezwungen, zur Parlamentsauflösung zu schreiten, hätte er zwei Auswegsmöglichkeiten: er könnte entweder mit Hilfe der Militärs regieren, oder er könnte Neuwahlen ausschreiben. Im letzteren Falle scheint es nicht ausgeschlossen, dass Belaúnde die absolute Mehrheit erreichen würde, obschon er in den Wahlen von 1963 nur etwas mehr als einen Drittel der Stimmen erhielt. Bereits in den Gemeindewahlen vom letzten Dezember hat er aber besser abgeschnitten und heute sind mehr als die Hälfte der Gemeindepräsidenten im Lande Angehörige der Koalition Belaúndes, d.h. der Acción Popular oder der Christlich-Demokraten.

Ich versichere Sie, Herr Generalsekretär, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:

